



Tagesordnung für die 10. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der Wahlperiode 2023/2027 am 20.11.2024

Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage - Nr.
1	Anträge	
1.1	Informationssuche im Sitzungsdienst auf Bremerhaven.de vereinfachen (Einzelstadtverordnete Marnie Knorr)	StVV - AT 32/2023
1.2	Aufwertung des Reinkenheider Forsts (GRÜNE)	StVV - AT 33/2023
1.3	Bremerhaven tritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ bei (GRÜNE)	StVV - AT 34/2023
1.4	Pieksen rettet Leben – Stadtverordnete gehen mit gutem Beispiel voran (BD)	StVV - AT 36/2023
1.5	Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD)	StVV - AT 37/2023
1.5.1	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 37/2023 - Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD) - Tischvorlage	StVV - Ä-AT 17/2024
1.6	Impuls für die Bremerhavener Innenstadt: Wochenmarkt Fair und Regional in der Innenstadt (Bündnis 90/ Die Grünen)	StVV - AT 2/2024
1.7	Theodor-Heuss-Platz zu Klimaplatz umbauen (Fraktion DIE LINKE)	StVV - AT 3/2024
1.8	Maßnahmen gegen den Klimawandel: Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven (Bündnis 90/Die Grünen)	StVV - AT 5/2024
1.9	Bremerhaven braucht eine neue Stadthalle (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	StVV - AT 6/2024
1.10	Benchmarking Personalkosten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 11/2024
1.11	Gleichbehandlung für Opfer von Gewalt (BD-Fraktion)	StVV - AT 12/2024

- | | | |
|--------|---|------------------------|
| 1.12 | E-Scooter – Mehr Sicherheit im Straßenverkehr (BD-Fraktion) | StVV - AT 13/2024 |
| 1.13 | Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) | StVV - AT 14/2024 |
| 1.13.1 | Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland zu AT 14/2024 - Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (Grüne+P) | StVV - Ä-AT
18/2024 |
| 1.14 | Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB) | StVV - AT 15/2024 |

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Antrag - Nr. StVV - AT 32/2023 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.11.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Informationssuche im Sitzungsdienst auf Bremerhaven.de vereinfachen (Einzelstadtverordnete Marnie Knorr)

Momentan ist es nicht möglich, sich zu einem Thema, das in der Vergangenheit in der STVV oder den Ausschüssen behandelt wurde, zu informieren, ohne das Datum der jeweiligen Sitzung zu wissen, in der es behandelt wurde. Dies erschwert die parlamentarische Arbeit der Stadtverordneten bisher in Bezug auf die Recherche, das Schreiben von Anträgen etc.. Mittlerweile gibt es mehrere Jahrzehnte an Datenvolumen der Sitzungen im Netz, die nicht wirklich zugänglich sind, weil sie nicht gefiltert werden können.

Ebenso wenig transparent ist es für Bürger*innen sich über politische Sachverhalte in der Stadt zu informieren. Denn auch die öffentlichen Sitzungsdokumente sind bisher in externen Suchmaschinen nicht auffindbar.

Auf den Internetseiten der Bremischen Bürgerschaft können Dokumente zumindest durch Schlagwörter in den Antragstiteln gefiltert und gefunden werden, was in der heutigen Zeit schon fast das Mindestmaß an Transparenz bedeutet.

Der Antrag lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die BIT - Betrieb für Informationstechnologie Bremerhaven zu beauftragen, auf den Internetseiten des Sitzungsdienstes eine Suchfunktion einzubauen, durch welche alle Dokumente (Vorlagen, Anträge, Anfragen, Mitteilungen, Petitionen) der Gremien nach Inhalt, gefiltert und durch Schlagwörter und Suchbegriffe gefunden werden können. Falls dies technisch nicht möglich sein sollte, möge die STVV beschließen, die BIT zu beauftragen eine entsprechende alternative Lösung zu entwickeln, die die Suchproblematik löst (z.B. alle öffentlichen PDF-Dateien im Sitzungsdienst für externe Suchmaschinen zur Suche freizuschalten).

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

Marnie Knorr

Bremerhaven, 12.10.2023

Antrag - Nr. StVV - AT 33/2023 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.11.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Aufwertung des Reinkenheider Forsts (GRÜNE)

Wälder spielen sowohl für den Klimaschutz als auch für unsere Anpassung an die Folgen der jetzt bereits nicht mehr abzuwendenden Veränderungen der klimatischen Bedingungen eine herausragende Rolle. Sie speichern Wasser und sind – besonders in eng bebauten Regionen – wichtige Zonen für die Entstehung kühlerer Luft. Die vergangenen Sommer haben deutlich gezeigt, wie Hitze und Trockenheit zunehmend zu einer Belastung für Menschen, Tiere und Pflanzen werden. Hierauf müssen wir reagieren – je schneller desto besser. Wir müssen Naturräume so stärken, dass sie schließlich auch uns Menschen besser schützen gegen die Folgen des Klimawandels.

Dies führt insbesondere in Städten zu Konflikten hinsichtlich der Nutzung begrenzter Flächen. Hochwertige Grünflächen, die biodivers und vor allem widerstandsfähig gegen Extremwetter sind, werfen unmittelbar keine finanziellen Profite ab und sie bieten den Menschen auch keine Wohnunterkunft. Aber sie sind langfristig von elementarer Bedeutung für das Leben in Städten. Ist eines der wenigen Kaltluftentstehungsgebiete erst einmal verloren, lässt sich das nicht mehr kompensieren. Darum müssen wir uns jetzt um die Lebensqualität in unserer Stadt in den nächsten Jahrzehnten kümmern. Dafür braucht Bremerhaven nicht nur die passenden Konzepte, sondern auch die entsprechenden Ressourcen. Das meint nicht nur investive Mittel, sondern ebenso den Schutz geeigneter Flächen.

Zu diesen Flächen gehört an vorderster Stelle der Reinkenheider Forst, einer der größten zusammenhängenden Wälder in Bremerhaven. Die Stadt muss sich langfristig die Möglichkeiten sichern, den Reinkenheider Forst im Sinne des Klimaschutzes und einer wirksamen Klimaanpassung zu erhalten und aufzuwerten. Dies muss Vorrang vor anderen Nutzungsideen für diesen Wald haben.

Aus diesem Grund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie der Reinkenheider Forst langfristig mit Blick auf seine Bedeutung für das Stadtklima gesichert und erhalten werden kann. Voraussetzung für entsprechende Überlegungen für den Reinkenheider Forst ist, dass er in städtischem Eigentum verbleibt.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Claudius Kaminiarz
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag - Nr. StVV - AT 34/2023 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.11.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Bremerhaven tritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ bei (GRÜNE)

Vor rund zweieinhalb Jahren haben 7 Städte, darunter die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover, eine Initiative für „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ ins Leben gerufen. Ziel dieser Initiative ist es, Städte durch eine moderne Verkehrspolitik für die Menschen attraktiver zu machen. Eine ihrer Kernforderungen dabei ist eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen dahingehend, dass Städte und Gemeinden „ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten“ (Forderung Nr. 3, „Lebenswerte Städte und Gemeinden“, <http://lebenswerte-staedte.de/hintergruende.html>).

Es gibt zahlreiche Argumente für eine Reduzierung der Geschwindigkeit in Ortschaften: Der Verkehr wird sicherer (insbesondere für die Menschen, die sich nicht so sicher im Verkehr bewegen), er erzeugt weniger Stress, wird leiser und die Luft wird sauberer. Insgesamt erhöht Tempo 30 die Attraktivität des Straßenraums als Aufenthaltsraum. Neben der Erkenntnis, dass 30 als Regelgeschwindigkeit vielen Menschen das Leben erleichtert setzt die Initiative vor allem auf die Selbstbestimmung und Kompetenz der Kommunen, indem sie ihnen die Befugnis zugestehen will, die Verkehrsgeschwindigkeiten zu bestimmen. Inzwischen engagieren sich 967 Städte und Gemeinden in der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“, darunter viele deutsche Großstädte (Stand 10.10.2023). Als Bekenntnis zu einer modernen Verkehrspolitik für alle und als Unterstützung der Forderung nach mehr verkehrspolitischer Selbstbestimmung der Kommunen sollte Bremerhaven dieser Initiative ebenfalls beitreten.

Aus diesem Grund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:
Die Stadt Bremerhaven schließt sich der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ an.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Claudius Kaminiarz
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag - Nr. StVV - AT 36/2023 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.11.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Pieksen rettet Leben – Stadtverordnete gehen mit gutem Beispiel voran (BD)

Durchschnittlich werden etwa 15.000 Blutkonserven am Tag benötigt. Und diese werden zu 75 Prozent von den sechs Blutspendediensten des DRK gestellt. Doch die Zahl der Vollblutspender ist tendenziell rückläufig und die Anzahl der jährlich ausscheidenden Spender beläuft sich auf etwa 100.000 im Jahr. Gründe dafür sind vorwiegend Krankheiten oder das Erreichen der Altersgrenze. Ohnehin ist das Durchschnittsalter der Spender mit über 42 Jahren recht hoch. Es braucht mehr und jüngere Spender, um dauerhaft die Versorgung mit lebensrettenden Blutkonserven zu gewährleisten.

Dieses Problem in den Fokus der Bürger zu rücken, ist auch die Aufgabe der Politik. Daher möchte die BD-Fraktion, dass das Stadtparlament mit gutem Beispiel voran geht.

Wir beantragen:

1. Dass in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt, dem Büro der StVV und dem DRK ein Blutspende-Aktionstag organisiert wird, der auf spätestens die übernächste Sitzung der StVV fällt, an dem dieser Antrag bewilligt wird.
2. Dass zu diesem Termin Stadtverordnete, Mitarbeiter der Verwaltung und des Büros der Stadtverordnetenversammlung, sowie Gäste und weitere Interessierte die Möglichkeit haben, vor und während der Sitzung Blut zu spenden.
3. Dass diese Aktion auch auf den Seiten Bremerhavens und in Bus und an Haltestellen des Stadtgebietes beworben wird.

Bremerhaven, den 19.11.2023

Julia Tiedemann
Fraktionsvorsitzende
Bündnis Deutschland

Bremerhaven, 20.11.2023

Antrag - Nr. StVV - AT 37/2023 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.11.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD)

Bis zu 40 Kinder bis drei Jahre werden in der Krippe des Deutschen Rotes Kreuz in der Eisenbahnstraße betreut. Die Eltern und zu betreuenden Kleinkinder werden oftmals auch von ihren älteren Geschwistern begleitet. Folglich laufen in dieser Straße vermehrt Kinder lang, um zu der Einrichtung zu gelangen.

Kinder sind unberechenbar und nicht in der Lage gefährliche Situationen korrekt einzuschätzen. Selbst das Abschätzen von Geschwindigkeiten ist ihnen erst ab dem sechsten Lebensjahr recht genau möglich. Um für Kinder und Eltern den Weg zur Krippe sicherer zu gestalten, hält die BD-Fraktion Änderungen in der Verkehrsgestaltung für notwendig und fasst die vor acht Jahren ausgesprochene Ankündigung der SPD aus dem Ausschuss für Innere Sicherheit nun in einen Antrag. Ein Zebrastreifen würde die Autofahrer vorwarnen, dass Fußgänger den Weg kreuzen könnten. Der motorisierte Verkehr würde entschleunigt und dieser Straßenabschnitt damit für die Fußgänger sicherer gestaltet werden.

Die Fraktion Bündnis Deutschland beantragt daher:

Dass auf Höhe der Krippe ein Zebrastreifen mit einer zusätzlichen gelben Signalanlage installiert wird.

Bremerhaven, den 19.11.2023

Julia Tiedemann
Fraktionsvorsitzende
Bündnis Deutschland

**Änderungsantrag - Nr. StVV - Ä-AT 17/2024 (§ 36 GOSTVV)
zu Antrag StVV – AT 37/2023**

für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.08.2024

Beratung in öffentlicher Sitzung:

ja

Anzahl Anlagen: 0

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 37/2023 - Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD) - Tischvorlage

Kleine Kinder können die Gefahren, die Autos für sie bedeuten, nicht einschätzen. Darum ist es sehr wichtig, dass die Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr höchste Priorität hat. Im Umfeld von Krippen kommt es besonders darauf an, dass Kinder sichere Wege über die Straßen finden. Das gilt für alle Krippen in Bremerhaven.

Darum möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Beschlussvorschlag des Antrages „Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße“ (StVV AT 37/2023)“ wird wie folgt geändert:

1. Eingefügt wird der Satz: „Der Magistrat wird aufgefordert für alle Kitas und Krippen im Stadtgebiet zu prüfen, ob in deren Umfeld ein Zebrastreifen mit einer zusätzlichen gelben Signalanlage eingerichtet werden sollte.“
2. Der bisherige Satz entfällt.

Carsten Baumann Duderstaedt und
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Antrag - Nr. StVV - AT 2/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Impuls für die Bremerhavener Innenstadt: Wochenmarkt Fair und Regional in der Innenstadt (Bündnis 90/ Die Grünen)

Viele Innenstädte in Deutschland befinden sich in einer Umbruchsphase. Wettbewerbsdruck und Online-Handel setzen den Einzelhandel, als wichtiges Kernelement der Innenstädte, zunehmend unter Druck. Die Corona Pandemie hat die Lage zusätzlich verschärft. Zahlreiche Unternehmen haben aufgegeben und Leerstände hinterlassen, die zu hohen Attraktivitätsverlusten der Innenstädte geführt haben.

Auch in Bremerhaven hat die insgesamt schwierige Situation deutliche Spuren hinterlassen. Für die Innenstadt wichtige Unternehmen wie Saturn und Karstadt haben Bremerhaven verlassen, sodass es darum geht, die Innenstadt neu zu denken und neue Impulse zu setzen.

Im Rahmen einer Neuausrichtung der Bremerhavener Innenstadt hat der Magistrat das Unternehmen Urbanista mit der Entwicklung eines integrierten Innenstadtkonzeptes unter Beteiligung der Bürger:innen beauftragt. Das Konzept soll als Leitfaden für die Entwicklung der Bremerhavener Innenstadt dienen und beinhaltet viele gute Ideen für eine Neuausrichtung.

Dabei kann es aber nicht nur um die Umsetzung von Einzelmaßnahmen gehen. Eine neu gestaltete Innenstadt braucht ein Profil, das gezielt für Marketingmaßnahmen genutzt werden kann, die Bremerhavener Innenstadt unterscheidbar von anderen im Umfeld liegenden Städten macht und so Besucher:innen anzieht. Ein kluges Marketingkonzept stärkt den Einzelhandel vor Ort und die Attraktivität des Standortes für Neuansiedlungen.

Für ein neues Profil der Bremerhavener Innenstadt sollten die Themen Klimastadt und Fairtrade-Stadt genutzt und so deutlich im Stadtbild verankert werden. Bremerhaven ist seit vielen Jahren Stadt des fairen Handels, hat diese Thematik aber bisher nur wenig für die Außendarstellung genutzt. Beide Themen können gut miteinander verbunden werden, da die Standards für den fairen Handel auch Regelungen zu Klima- und Umweltschutz enthalten.

Ein erster Schritt, um dieses Profil zu entwickeln, wäre ein großer, regelmäßig stattfindender Wochenmarkt. Dieser sollte nach dem Abriss des Karstadt-Gebäudes auf der frei gewordenen Fläche seinen Platz finden, da sich die Suche nach Investor:innen für die Entwicklung dieses Geländes offenbar in die Länge zieht. Damit wäre eine attraktive Zwischennutzung gegeben. Zugleich könnte der neue Markt von Beginn an mit öffentlicher Aufmerksamkeit rechnen. Sobald die zukünftige Nutzung des Kar-

stadt-Geländes es erfordert, könnte der Markt auf den Theodor-Heuss-Platz umziehen.

Ein Markenkern des neuen Wochenmarktes muss das Angebot fair gehandelter sowie regionaler Produkte sein. Das bedeutet unter anderem, dass Landwirte und Landwirtinnen aus der Umgebung auf dem Markt faire Preise erzielen, also bessere als bei großen Handelsketten. Zugleich soll der Markt neben diesem Warenangebot Raum für Kultur bieten, wie Kleinkunst, lokale Bands, Chöre etc., sowie gastronomische Angebote aus Bremerhaven und aller Welt. Auch Angebote für Kinder wären möglich. All dies sollte barrierefrei erreichbar sein.

Wichtig ist schließlich, dass die Händler:innen, die bereits in der Innenstadt Marktstände betreiben, von Beginn an in die Erarbeitung dieser neuen Wochenmarktfomate eingebunden werden.

Aus diesem Grunde möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert:

1. Die Möglichkeiten zur Einrichtung eines Wochenmarktes mit fair gehandelten und regionalen Produkten zu prüfen. Dabei ist zu berücksichtigen, wie gegebenenfalls bereits bestehende Marktangebote in der Innenstadt integriert werden können. Eine Gefährdung der bereits existierenden Wochenmärkte muss vermieden werden.
2. Als Standort sind sowohl für eine Zwischennutzung das durch den Abriss des Karstadt-Gebäudes frei werdende Gelände als auch der Theodor-Heuss-Platz zu prüfen.
3. Integraler Bestandteil des Wochenmarktes sollte Raum für kulturelle und kulinarische Angebote sein.
4. Der Zugang zum Markt muss barrierefrei sein und auf eine barrierefreie Erreichbarkeit der Angebote des Wochenmarktes soll geachtet werden.
5. Die Ergebnisse der Prüfung sind auf der übernächsten auf die Beschlussfassung zu diesem Antrag folgenden Sitzung des Ausschusses Öffentliche Sicherheit vorzustellen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Petra Coordes, Bettina Zeeb
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Antrag - Nr. StVV - AT 3/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.04.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Theodor-Heuss-Platz zu Klimaplatz umbauen (Fraktion DIE LINKE)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das der Magistrat in Auftrag gibt, den Theodor-Heuss-Platz zu entsiegeln. Dem Platz sollen notwendigen Umbaumaßnahmen zu teil werden, die den klimatischen Bedingungen, die aus dem Klimawandel resultieren, entgegenzutreten. Die Entsiegelung soll den Platz zukünftig mit ausreichendem Baumbestand und zusätzlicher Vegetation versehen. Der Theodor- Heuss-Platz soll einen Parkähnlichen Charakter erhalten in den Sitzgelegenheiten zum Verweilen und Erholen integriert sind. Zusätzlich sollen mit Sickerbeete angelegt werden, die in der Lage sind, das Regenwasser für Trockenperioden zu speichern.

Begründung:

Der Klimawandel bringt einerseits enorme Hitze und Trockenheit und andererseits viel zu viel Nässe durch Dauerregen und Starkregenereignisse. Daher brauchen wir eine Umgestaltung sowohl des Innenstadt- als auch Straßenraums mit grünen Flächen, die den Extremwetterereignissen standhalten können. Laut des „Deutschen Institut für Urbanistik“ sind Klimaanpassung, Klimaschutz, Mobilitätswende, sozialer Zusammenhalt, Gemeinwohlorientierung als auch die Kreislaufwirtschaft zentrale Schwerpunkte für die Resilienz der Innenstadtentwicklung. Der Theodor- Heuss-Platz könnte im unumgänglichen Transformationsprozess der Innenstädte eine landesweite Vorbildfunktion einnehmen. Gleichzeitig wäre dies ein bedeutsamer Baustein für eine Klimastadt, die ja für Bremerhaven bereits ausgerufen ist. Die weitere Begründung folgt mündlich.

Muhlis Kocaaga
Fraktion DIE LINKE in der StVV

Antrag - Nr. StVV - AT 5/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.04.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Maßnahmen gegen den Klimawandel: Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven (Bündnis 90/Die Grünen)

Die Seestadt Bremerhaven ist aufgrund gesetzlicher Vorgaben und Selbstverpflichtungen gehalten, wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Die zur Verfügung stehende Zeit, um einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur möglichst zu verhindern, wird immer geringer. Zugleich werden die drohenden Konsequenzen, wenn zudem nur ungenügende Klimaanpassungsmaßnahmen ergriffen werden, immer deutlicher.

Die Umweltbehörde der Europäischen Union (EEA) hat in ihrem aktuellen Klimabericht eindringlich vor schwerwiegenden Folgen des Klimawandels gewarnt. In den Ländern der EU müsse mit nie dagewesenen Katastrophen gerechnet werden. Alle EU-Staaten müssten ihre CO₂-Emissionen drastisch senken, um einen massiven Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts zu verhindern. In ihrem pessimistischsten Szenario befürchtet die EEA für Teile des Kontinents (Finnland, Russland) eine Erwärmung von bis zu ca. 8 °C. Für West- und Mitteleuropa wären es immer noch 3 bis 5 °C. Um solche Entwicklungen zu verhindern, müsste schnell und vor allem umfassend gegengesteuert werden. Diese Forderung richtet sich nicht nur an die einzelnen Staaten, sondern u. a. auch an Städte und Kommunen – und damit ist auch Bremerhaven aufgerufen, seinen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgase zu leisten.

Zurzeit fehlt allerdings eine hinreichende Erfassung der Treibhausgas-Emissionen in Bremerhaven, die als Maßstab für die Wirksamkeit von städtischen Maßnahmen gegen den Klimawandel dienen könnte. Hierfür ist der Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven, das den Treibhausgas-Ausstoß im Bereich der Stadtgemeinde differenziert erfasst und laufend evaluiert, eine entscheidende Grundlage.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf,

1. schnellstmöglich ein Treibhausgas-Emissionskataster für die Stadt Bremerhaven aufzubauen und laufend zu pflegen. Hierzu soll zunächst ein Ausschreibungstext erstellt und mehrere Angebote zur Erstellung eines Katasters eingeholt werden,

2. den Aufbau und die Pflege des Katasters im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes 2024 zu berücksichtigen und die Haushaltsstelle für die folgenden Haushalte inflationsangepasst fortzuschreiben.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Claudius Kaminiarz und Petra Coordes

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bremerhaven, 15.04.2024

Antrag - Nr. StVV - AT 6/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.04.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Bremerhaven braucht eine neue Stadthalle (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Seit Jahren kommt Bremerhaven bei den Planungen zur Stadthalle nicht von der Stelle. Ebenfalls seit Jahren ist klar, dass die bestehende Halle aus Sicherheitsgründen nicht mehr lange im notwendigen Umfang genutzt werden darf. Der Bau einer neuen Stadthalle würde dabei nicht nur die Sicherheitsprobleme lösen, sondern obendrein energetisch große Vorteile bieten und zudem neue Nutzungskonzepte ermöglichen.

Inzwischen melden sich aus dem Sport mehrere Akteure, die dringend mehr Hallenkapazität benötigen, als die alte Stadthalle bieten wird, um ihr sportliches Niveau halten zu können. So sind die Basketballer der Eisbären Bremerhaven an die Öffentlichkeit gegangen und haben umfassend und sachlich dargelegt, welche große Probleme auf sie vor allem hinsichtlich der Lizenzbedingungen im Profibasketball in den nächsten Jahren zukommen werden. Auf solche Sorgen muss die Politik endlich mit Klarheit reagieren.

In der Öffentlichkeit kursieren hohe Kostenschätzungen sowohl für die Sanierung als auch für den Neubau der Stadthalle. Es ist klar, dass die Stadt Bremerhaven weder die eine noch die andere Variante aus dem Kernhaushalt finanzieren kann. Also muss dringend ein Finanzierungsmodell rechtlich geprüft werden, dass diese schwierige finanzielle Lage der Stadt berücksichtigt.

Aus diesem Grunde möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Neubau einer Stadthalle in Bremerhaven aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, von der Stadthallen GmbH ein konkretes Konzept für den Bau und Betrieb einer neuen Stadthalle erarbeiten zu lassen und dies der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.
3. Dieses Konzept muss den Anforderungen an sportliche Großveranstaltungen namentlich der Eisbären Bremerhaven in den Basketball-Profiligen sowie von Tanzveranstaltungen der TSG Bremerhaven (Bundesliga sowie internationale Turniere) gerecht werden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, ein Finanzierungskonzept für den Bau einer Stadthalle vorzulegen. Dabei sind insbesondere die rechtlichen und finanzielle Bedingungen dafür zu prüfen, dass die Stäwog die Stadthalle baut und an die Stadthallen GmbH vermietet.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Claudius Kaminiarz
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Antrag - Nr. StVV - AT 11/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.08.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Benchmarking Personalkosten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)

Im Nachgang zur Verabschiedung des Bremerhavener Haushalts am 13. Juni 2024 in der Stadtverordnetenversammlung gab es eine Diskussion über die Personalkosten der Seestadt. Geführt wurde diese nicht in der Stadtverordnetenversammlung selbst und kaum in den Fachausschüssen, sondern in der medialen Öffentlichkeit. Personalkosten machen einen Großteil der kommunalen Ausgaben aus und darum ist es die Politik den Bürger*innen der Stadt schuldig, diese stets aufmerksam im Blick zu halten. Das bedeutet nicht, dass automatisch gekürzt und Stellen gestrichen oder gar die Personalkosten pauschal reduziert werden sollten. Allerdings sollten sowohl die Kämmerei als auch die Stadtverordneten die Bremerhavener Personalkosten überblicken und bewerten können.

In der öffentlichen Debatte im Juni wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass vergleichbar große deutsche Städte, wie Trier, Erlangen oder Cottbus, deutlich weniger Geld für öffentlich Beschäftigte ausgeben. Das kann viele Gründe haben, die in der genannten Debatte nicht näher untersucht wurden. Es blieb in der Öffentlichkeit lediglich der Eindruck, dass Bremerhaven außergewöhnlich viel Geld in diesem Bereich ausgabe.

Bremerhaven gehört zu den armen Kommunen und ist darum umso mehr zu einem klugen Umgang mit seinen sehr begrenzten finanziellen Mitteln verpflichtet. Denn gerade, weil die Stadt wenig Geld hat und zugleich dringend Personal zum Beispiel im Jugendamt oder in Kitas benötigen, muss das vorhandene Geld sehr sorgfältig eingesetzt werden. Klug bedeutet dabei, dass Bremerhaven seine Verwaltungspraxis und den Umgang mit Personalkosten vergleicht mit anderen Städten in ähnlicher Größe oder in ähnlicher sozialer Lage. Dies reicht von den reinen Zahlen bis hin zum Umgang mit den zahlreichen Aufgaben, die die Öffentliche Hand für die Bürger*innen erledigt. Solch ein Benchmarking verbessert somit die Faktenbasis, auf der Politik und Magistrat über die städtischen Ausgaben entscheiden.

In einem ersten Schritt müssen wir eine solide Faktenbasis schaffen, indem wir einen professionell erstellten Vergleich unserer Personalkosten mit denen vergleichbarer Städte erstellen lassen. In einem zweiten Schritt sollte dann analysiert werden, wie es anderen Städten gelingt, ihre Personalausgaben im Griff zu behalten

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf:

1. ein professionell erstelltes Benchmarking der städtischen Personalkosten mit vergleichbaren Städten in Auftrag zu geben. Dabei sind unterschiedliche Dimensionen (wie unter anderem Einwohnerzahl, Sozialstruktur, Haushaltsvolumen) zu berücksichtigen.

2. Teil dieses Vergleiches soll zudem die Analyse des Finanzcontrollings (unter anderem Buchführungslogik, Ausgabenkontrolle, Gender Budgeting) und des Personalmanagements (unter anderem Mitarbeitendenzufriedenheit, Arbeitsorganisation, Arbeitsbelastungen, Personalgewinnung) in anderen Städten sein.

Claudius Kaminiarz, Petra Coordes
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P

Antrag - Nr. StVV - AT 12/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.10.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Gleichbehandlung für Opfer von Gewalt (BD-Fraktion)

Bei etwa 250.000 Fällen von häuslicher Gewalt jährlich, verwundert es kaum, dass jeden zweiten Tag eine Frau durch häusliche Gewalt stirbt. Frauen gehören mit etwa 70% der Betroffenen zu den häufigsten Personen, die Gewalt erleiden. Bei allen Präventions-, Schulungs-, Akut- und Nachsorgemaßnahmen werden aber die männlichen Opfer oft vergessen. Denn auch Männer und männliche Jugendliche können Gewaltopfer werden. Auch sie sind immer wieder in toxischen Beziehungen gefangen und erlangen dabei weit weniger Verständnis und Unterstützung als Frauen in der gleichen Situation. Doch Opfer sind Opfer, unabhängig vom Geschlecht.

Doch eine Mitteilung (Drucksache 21/313) des Senats zeigt genau das auf: Frauen können ein großes Maß an Verständnis erfahren. Sie werden unterstützt, haben mehrere Anlaufstellen und es gibt für sie im Frauenhaus eine geschützte Umgebung. Die Maßnahmen werden aktuell noch weiter ausgebaut. Doch schaut man sich die Hilfsmöglichkeiten für männliche Opfer an, stößt man in unserer Stadt auf eine Ungleichbehandlung.

Daher beantragt die Fraktion Bündnis Deutschland:

1. Die Frauenberatungsstelle soll in „Gewaltschutzberatungsstelle“ umbenannt werden.
2. Die Suchmaschinenoptimierung sowie der Eingangstext der Frauenberatungsstelle ist so zu gestalten, dass bereits bei der Recherche über Suchmaschinen für Jugendliche und Männer die Zuständigkeit dieser Stelle für ihr Hilfsangebot ersichtlich ist.
3. Die Polizei wird gebeten ihr Selbstbehauptungsangebot auch für Jugendliche ab 14 sowie für Männer zu erweitern.

Julia Tiedemann
Fraktionsvorsitzende
Bündnis Deutschland

Antrag - Nr. StVV - AT 13/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.10.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

E-Scooter – Mehr Sicherheit im Straßenverkehr (BD-Fraktion)

Über einen großen Teil der Seestadt sind E-Scooter der Firma Tier Mobility verteilt. Sie werden intensiv genutzt und bieten den Bürgern eine Flexibilität, welche die öffentlichen Verkehrsmittel nicht gewährleisten können. Als ergänzendes Mobilitätsmittel sind sie kaum noch wegzudenken.

Dennoch kommt es bei der Nutzung von E-Scootern, sowohl gemietete als auch private, immer wieder zu gefährlichen Situationen. Hauptsächlich sind die Geschwindigkeit, das Ignorieren der Verkehrsregeln und das teils rücksichtslose Abstellen der Fahrzeuge dafür verantwortlich.

Auch auf Bundesebene sind diese Probleme angekommen und werden diskutiert. Bremerhaven kann hier Vorreiter sein und zudem weitergehende Regelungen für die Nutzung von E-Scootern etablieren, die ein harmonischeres Miteinander unter den Verkehrsteilnehmern dauerhaft gewährleisten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Abstellflächen für gemietete E-Scooter sind neu festzulegen. Der Fokus soll hierbei auf Sammelabstellflächen und Bereiche gelegt werden, die eine Gefährdung und Behinderung anderer reduzieren. So sind etwa reguläre Gehwege keine adäquate Abstellfläche, wenn hierbei nicht gewährleistet werden kann, dass zum Beispiel Kinderwagen, Gehhilfen und Rollstühle problemlos passieren können.
2. Die Nutzung der E-Scooter ist nach Rücksprache mit Tier Mobility auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten.
3. Für Parks und Fußgängerzone ist für E-Scooter Schrittgeschwindigkeit verpflichtend einzuführen.

Julia Tiedemann
Fraktionsvorsitzende
Bündnis Deutschland

Jan Timke

Bremerhaven, 18.09.2024

Antrag - Nr. StVV - AT 14/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.10.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)

Das Museum der 50er Jahre ist ein spannendes, mit beeindruckend viel privatem Engagement und Ressourcen aufgebautes kulturelles Highlight in Bremerhaven. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen ist solch ein bürgerschaftlicher Einsatz für die kommunale Museumslandschaft sehr wichtig, da der Etat des Kulturamtes nicht dafür reicht, solch ein Museum aus städtischen Mitteln voll zu finanzieren. Darum verdient das Engagement der Betreiber*innen des Museums der 50er Jahre die Anerkennung und Unterstützung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung.

Diese Unterstützung muss jetzt konkret werden. Da dem Museum der aktuelle Mietvertrag durch die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) gekündigt worden ist, steht dessen Existenz auf dem Spiel. Diese Kündigung darf nicht dazu führen, dass Bremerhaven dieses interessante private Museum verliert. Darum müssen Wege gefunden werden, zwischen den wirtschaftlichen Interessen der BIS und den Bedürfnissen des Museums der 50er Jahre zu vermitteln.

Aus diesen Gründen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven aus.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend einen Vorschlag zu erarbeiten für den dauerhaften Erhalt des Museums der 50er Jahre. Dieser Vorschlag muss in Zusammenarbeit mit den Betreiber*innen des Museums entwickelt werden.
3. Der Magistrat wird aufgefordert, für die Übergangszeit, bis eine Lösung für den zukünftigen Ort des Museums gefunden worden ist, eine Übergangslösung mit den Betreiber*innen des Museums zu erarbeiten.

Bettina Zeeb, Claudius Kaminiarz
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P

Bremerhaven, 08.10.2024

Änderungsantrag - Nr. StVV - Ä-AT 18/2024 (§ 36 GOSTVV) Zu AT 14/2024		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.10.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland zu AT 14/2024
- Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (Grüne+P)

Der Erhalt des 50er Jahre Museums ist nicht nur der Betreiberin wichtig. Auch viele Bürger haben sich in Leserbriefen und in Gesprächen für die Wichtigkeit dieser Kultureinrichtung ausgesprochen.

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P soll dem entsprochen werden. Mit dem vorliegenden Antrag würde eine Verpflichtung eingegangen werden, welche die Stadt in ihrer aktuellen Finanz- und Personallage nicht zu bewerkstelligen vermag. Darüber hinaus kann aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND ein Erhalt des Museums nur durch eine konstruktive Zusammenarbeit und Kompromissbereitschaft gewährleistet werden.

Daher möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) wird aufgefordert, der Betreiberin des Museums einen Zeitaufschub von drei Monaten zu gewähren.
2. Die Stadt wird aufgefordert, nach alternativen Räumlichkeiten zu suchen, welche sich bestenfalls fußläufig zur Innenstadt oder zum Fischereihafen befinden.
3. Die Stadt unterstützt die Betreiberin beim Umzug in neue Räume durch Bereitstellung von Personal und Fahrzeugen.
4. Weitere Unterstützung wie z.B. Buchung von Räumlichkeiten durch die Stadt für Veranstaltungen und bessere Bewerbung des Museums im Internet und an Touristeninformationen werden zugesichert, sollte das Museum auch nach außen hin als Verein geführt werden und die Betreiberin eine mindestens viertägige Öffnungszeit in der Woche gewährleisten können. Hierzu ist der Stadt ein Konzept vorzulegen.

Bremerhaven, den 30.09.2024

Julia Tiedemann
Fraktionsvorsitzende
Bündnis Deutschland

Antrag - Nr. StVV - AT 15/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.10.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB)

Die WfB-Fraktion stellt den Antrag den geplanten Kindergarten Neubau an der Weichselstr nicht durchzuführen und nach einem für Kleinkinder besser geeigneten Standort zu wählen.

Begründung:

In der unmittelbaren Nähe befindet sich die offene Prostitution in sogenannten Laufhäusern.

Der Anblick leicht bekleideter Frauen welche unserer Meinung nach sexuell ausgebeutet werden ist nicht Kind gerecht und könnte verstörend auf die Kinder Seelen einwirken und somit mit nicht absehbaren Spätfolgen auswirken.

Hierzu ist die Meinung von Kinderpsychologen einzuholen und auszuwerten.

Desweiteren ist zu prüfen ob dieses Vorhaben im Einklang mit allen Gesetzen ist.

Zudem ist bekannt das sich auch in der direkten Umgebung ein Teil der Drogenszene etabliert hat und Kleinkinder der ständigen Gefahr ausgesetzt sind sich unwissentlich mit an Betäubungsmitteln kontaminierten spritzen und anderen Zubehör zu verletzen und mit Krankheitserregern zu infizieren.

Desweiteren ist es auch den jungen Müttern nicht zuzumuten mit ihren Kleinkindern an Freieren vorbeilaufen zu müssen.

Viele dieser Freier sind oftmals alkoholisiert, mit Betäubungsmitteln berauscht und somit sind Sexuelle Anspielungen, Beleidigungen und weitere Unannehmlichkeiten auf Dauer vorprogrammiert.

Desweiteren können wir es im Sinne der Umwelt und des Naturschutzes nicht hinnehmen das ein Teil der sogenannten grünen Lunge der Stadt gerodet und Niest sowie Brutplätze, der Lebensraum von Kleintieren und Kleinstlebewesen unwiederbringlich zerstört wird.

Fraktionsvorsitzende
Bianca Ax